Deutscher Reichstag.

⊙ **Berlin**, 19. Februar. (Schluß der Sitzung.)

Abg. v. Staudy (kons.): Ich muß prinzipiell Widerspruch erheben gegen die Aeußerung des Abg. Müller-Meiningen, daß eine gesetzliche Aufhebung der Theaterzensur notwendig sei. Die Theaterzensur gehört nicht zur Kompetenz des Reiches. Auf die von dem Abg. Müller erwähnten Stücke gehe ich nicht ein, ebensowenig auf die Vorwürfe gegen den Minister v. Hammerstein. Der Minister hat wohlgetan, der Einladung des Abg. Müller, hier zu erscheinen, nicht Folge zu geben. Ich möchte nur erklären, daß wir prinzipiell auf dem Standpunkte stehen, daß die Theaterzensur durchaus notwendig ist. Das Theater unter das gemeine Strafrecht zu stellen, wie Herr Müller will, würde seinen Zweck verfehlen. Die Polizei muß präventiv eintreten, nicht bloß in hygienischer, sondern auch in sittlicher Beziehung: aber ist der seelische und moralische Schaden einer unsittlichen Vorstellung gering anzuschlagen? Für uns gibt es noch Dinge, die höher stehen als der Körper. Die Polizei soll dafür sorgen, daß, wenn wir mit unseren Frauen und Kindern ins Theater gehen, wir uns nicht zu schämen brauchen. (Lachen links.) Sie sagen, Preußen habe 50 Jahre geschlafen. Nein, ich freue mich, daß Preußen auch auf diesem Gebiete wachsam gewesen ist, und hoffe, daß es so bleiben wird, damit wir nicht in unwürdige Zustände kommen. (Beifall rechts.)

Der Titel wird bewilligt.

Zur Bekämpfung der Reblauskrankheit werden 1000 M gefordert. Hierzu liegt ein Antrag Blankenhorn und Deinhard vor: „Den Reichskanzler zu ersuchen, nach Maßgabe des Gesetzes von 1888 die erforderlichen Maßregeln zu treffen, um der Gefahr zu begegnen, welche dem deutschen Weinbau dadurch droht, daß in Elsaß-Lothringen bei der dortigen Ausführung des herangezogenen Gesetzes die Reblauskrankheit in solcher Ausdehnung auftritt, daß die Gebiete mehrerer Bundesstaaten von den zu ergreifenden Maßregeln betroffen und durch dieselben geschützt werden müssen.

Abg. Blankenhorn (natl.) weist in seiner sehr eingehenden Begründung darauf hin, daß im nächsten Monat eine Konferenz der beteiligten Bundesstaaten zu erwarten sei, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Deshalb sei es angebracht, daß auch der Reichstag dazu Stellung nehme. Der Reichskanzler sei ebenfalls berechtigt, hierzu ein Wort mitzusprechen. Er hoffe, daß die Vertreter der Bundesstaaten zu der Erkenntnis kommen werden, daß der Nationalwohlstand um Millarden geschädigt werden könnte, wenn Elsaß-Lothringen das Ausrottungsverfahren nicht behalte.

Staatssekretär **Graf v. Posadowsky**: Es handelt sich in kultureller Beziehung um eine wichtige Angelegenheit. Es kann nicht bestritten werden, daß es dem Ausrottungsverfahren gelungen ist, die Phylloxera, wenn nicht ganz zu beseitigen, so doch in ihrem Fortschritt zu hindern. Ich habe seiner Zeit einen Kommissar nach Lothringen geschickt, und der hat gefunden, daß die Weinberge in der Nähe von Metz in großem Umfange von der Phylloxera bedroht sind. Es hat eine Versammlung von Vertretern der verschiedenen Landesregierungen in dieser Sache stattgefunden, die Ansichten gingen aber weit auseinander. Die Vertreter der benachbarten Weinbaugebiete verlangen, daß in Elsaß-Lothringen das Ausrottungsverfahren aufrecht erhalten werde zum Schutze ihrer eigenen Weinberge. Dem gegenüber verhält die elsaß-lothringische Regierung sich ablehnend. Sie erklärte, daß die Verseuchung mit der Phylloxera in Elsaß-Lothringen einen Umfang angenommen hätte, daß das Ausrottungsverfahren in gar keinem Verhältnisse stände zu dem Ertrage der Weinberge. Die Bevölkerung sei so auf den Weinbau angewiesen, daß es bedenklich sei, das Ausrottungsverfahren durchzuführen, das für die Weinbaugebiete von Elsaß-Lothringen geradezu tragisch sein würde. Sie weist ferner auf die Gefahren hin, die durch praktische Fälle erwiesen seien, daß das Ausrottungsverfahren dahin geführt habe, daß absichtlich die Reblaus verschleppt worden sei. Das erinnert an einen Vorgang, den ich in einer englischen Zeitung las. Die englische Regierung hatte Prämien auf die Vernichtung von Klapperschlangen gesetzt und die Eingeborenen hatten sich, um die Prämie zu bekommen, darauf gelegt, künstlich Klapperschlangen zu züchten. Es wird nun eine Kommission von Regierungsvertretern und Sachverständigen Anfang März in Berlin zusammentreten, um diese für das Gebiete Elsaß-Lothringens und auch für die übrigen Weinbaugebiete ungeheuer wichtige Frage zu einer Entscheidung zu bringen. Der Kernpunkt der ganzen Frage ist die Finanzfrage. Es sind ferner Zweifel entstanden, ob uns das bestehende Gesetz zur Bekämpfung der Reblaus die gesetzliche Vollmacht gibt, die notwendig ist, um das Ausrottungsverfahren im Interesse der Nachbargebiete auszuführen, und ob wir etwa weitergehender Vollmachten bedürfen. Es handelt sich hier um eine der wichtigsten Kulturfragen; denn es stehen unter Umständen ungeheure, unermeßliche Werte auf dem Spiel. Die Sache wird mit dem Ernste betrieben werden, den sie verdient.

Um 6½ Uhr wird die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Aus den Kommissionen.

* **Berlin**, 19. Februar. Die Budgetkommission setzte heute früh die gestern abgebrochene Beratung zum Titel 21 des Kapitels 27 fort, der für Manöverkosten 2 092 880 M verlangt. Man regte an, dem Kriegsminister einen Dispositionsfonds zur Verfügung zu stellen, aus dem auch indirekte Schäden entschädigt werden könnten, und klagte über die militärischen Anforderungen, die an die Vorspannpflichtigen der Landwirtschaft gestellt werden. Das gab dem Kriegsminister v. Goßler Veranlassung zu der Mitteilung, daß zur Vervollkommnung des Trains viel geschehen sei und noch geschehe, um dem Lande die Lasten des Vorspanns zu ersparen. Auf Klagen über die Lasten der Quartierung entgegnete General v. Gallwitz, daß die Quartierfrage durch eine Verordnung so geregelt sei, daß eine übermäßige Belastung der ländlichen Bevölkerung vermieden werden solle. Der Titel wurde bewilligt. Kapitel 28 enthält für das „Garnisonbauwesen" 1 688 388 M. Es wird nach kurzer Erörterung genehmigt. Eine längere Verhandlung entspann sich zum Kapitel 34 „Reisekosten und Tagegelder, Vorspann und Transportkosten". Man bemängelte die Zahlung nach Kilometergeldern und wünschte nur Zahlung der Fahrkarten. Geh. Rat Herz verwies darauf, daß die Frage der Fahrkosten gesetzlich geregelt sei, und zwar jetzt erheblich besser als früher. General v. Gallwitz verwies auf die große Zunahme der militärischen Dienstreisen, dadurch seien die Ansprüche stark gestiegen. Der Kriegsminister v. Goßler nannte die Entschädigungen mäßig. Auf das Ersuchen, die Reserveoffiziere möglichst in der Nähe ihres Wohnortes üben zu lassen, machte der Minister geltend, daß sie doch tunlichst ihren Verbänden erhalten werden müßten. Auch Geh. Rat Herz bezeichnete es als nicht angängig, nur die Fahrkarten zu vergüten, was von den Sozialdemokraten, Freisinnigen und Zentrum gefordert wurde. Das Kapitel wurde bewilligt, die weitere Beratung auf morgen vertagt.

* **Berlin**, 19. Februar. Die 21. Kommission hat gestern in ihrer zweiten Sitzung behufs Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend Phosphorzündwaren eine Besprechung mit den eingeladenen Sachverständigen aus der Zündwarenbranche abgehalten. Letztere behaupteten, daß die in der Vorlage empfohlene Masse sich sehr wenig eigne und, wie sie nachzuweisen versuchten, zu Explosionen Veranlassung gebe. Es wurden die verschiedensten Versuche mit mehrere Fabrikaten, Platten, die abgebrannt wurden, neuen Zündhölzern auf ihre Zündungs- und Explosionsfähigkeit angestellt. — Heute wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Die Regierung gab Aufklärung über die von ihr und der Industrie gemachten Angaben über die Zahl der in den Phosphorfabriken beschäftigten Arbeiter. Die von der Regierung hervorgehobene Zahl — 1800 gegen 5000 der von der Industrie vorgeführten — beziehe sich ausschließlich auf Arbeiter, welche Phosphorbäder machen; es fallen daher bei dieser Zahl alle Nebenarbeiter, auch die sogen. Schwebenarbeiter, aus. Abg. Schwarze-Lippstadt beantragt Erhebung über Verbrennungs- und Explosionsgefahr. Abg. Zehnter wünschte neue Erhebungen über Nekrose, die Verwendbarkeit der neuen, den Phosphor ersetzenden Masse, die Explosionsgefahr und über die Aufwendungen für die von Seiten der Fabrikanten gemachten Einrichtungen. An der Debatte beteiligten sich die Abgg. Schwarze, Dr. Oertel, Zehnter, Münch-Ferber und Warm. Abg. Zehnter schränkt schließlich seinen Antrag dahin ein, daß eine Zusammenstellung des bisher vorhandenen Materials vorgelegt werde; von Seiten der Regierungsvertreter wird dies zugesagt. Der Antrag Schwarze findet alsdann einstimmige Annahme.

Königreich Sachsen.

* **Dresden**, 20. Februar. (Telegramm.) Das heute früh 8 Uhr 15 Min. ausgegebene Bulletin lautet: „Im Befinden des Prinzen Friedrich Christian ist seit zwei Tagen eine Besserung insofern eingetreten, als die Körperwärme in den Morgenstunden eine beträchtliche Ermäßigung zeigt. Der Kranke hat noch geringe Nahrungsbedürfnisse und eine ausgesprochene Neigung zum Schlaf. Allgemeinbefinden zufriedenstellend. (gez.) Dr. Fiedler. Dr. Unruh."

* Die „N. Fr. Presse" läßt sich aus Dresden melden: „Es besteht ein reger Notenwechsel zwischen dem hiesigen und dem Wiener Hofe, sowie mit der Familie Toskana. Es handelt sich um die Wahl des österreichischen (?) Ortes, wo die Prinzessin entbunden soll, und um ihren künftigen Aufenthalt. Man scheint hier nicht das Vertrauen zu haben, daß die Beziehungen zu Giron endgültig gelöst sind. Wenn man auch annimmt, daß Prinzessin Luise von ihrem Fiebe für Giron gründlich abgekommen ist, so hat man doch kein Zutrauen in die Haltung des jungen Menschen, der neuerdings und gegen den Willen der Prinzessin eine Annäherung versucht hat." — Zu der vorstehenden Mitteilung der „N. Fr. Pr." möchten wir nochmals auf unsere aus bester Quelle stammende Mitteilung hinweisen, daß der zukünftige Aufenthaltsort der Prinzessin Luise sich weder in Oesterreich-Ungarn noch in Deutschland befinden wird. Auch betonen wir wiederholt, da entgegengesetzte Nachrichten andauernd die Presse durchlaufen, daß Dr. Rehme in den letzten Tagen nicht in Genf war; unser Gewährsmann hat mit ihm vorgestern hier in Leipzig eine Unterredung gehabt, und auch heute befindet sich Herr Dr. Rehme noch hier. Die Herren Anwälte müssen überhaupt zur Fabrikation von Tartarennachrichten recht herhalten. So meldet die „Sächsische Volkszeitung": „Lachenal, der Genfer Anwalt der Prinzessin Luise, welcher hier im Hotel „König von Sachsen" abstieg, wurde sogleich nach seiner Ankunft von König Georg und dem Kronprinzen empfangen. Er erstattete Bericht und präzisierte den Standpunkt seiner Klientin. Lachenal empfing nachher im Hotel einen längeren Besuch des Kronprinzen. Er konferierte dann mit Dr. Körner und kehrte hierauf nach Genf zurück." Diese Nachricht beruht, wie dem „Dresd. Anz." von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ihrem vollen Inhalte nach auf Erfindung. Auch der Dresdner Prozeßbevollmächtigte der Prinzessin Luise weiß von einem Besuche Lachenals nichts.

* **Leipzig**, 20. Februar. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Ernennung des Geheimen Postrates Perfitzky-Erfurt zum Mitgliede der kaiserlichen Disziplinarkammer in Leipzig.

* **Leipzig**, 20. Februar. Das Königliche Ministerium des Innern beabsichtigt den Erlaß einer Verordnung über den Verkauf und die Führung von Stoß-, Schuß- und Hiebwaffen, durch welche die einschlagenden älteren Vorschriften aufgehoben werden sollen. Die Amtshauptmannschaften und größeren Gemeindebehörden sollen Gelegenheit erhalten zur gutachtlichen Aeußerung über den Verordnungs-Entwurf.

* **Leipzig**, 20. Februar. Im gegenwärtigen Wintersemester studieren an unserer Universität (mit Einschluß von 2 nach Herausgabe des amtlichen Personal-Verzeichnisses Immatrikulierten und von 11 als Hörer Eingeschriebenen) 169 Landwirte von Beruf. Davon sind gebürtig: aus dem Königreiche Sachsen 39, dem Königreiche Preußen 58, aus Anhalt, Bayern und Oldenburg je 3, Braunschweig 4, Hessen-Darmstadt und Sachsen-Altenburg je 2, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar und Waldeck je 1, aus Oesterreich-Ungarn 18, Rußland 25, Rumänien 4, Serbien 2, Bulgarien, Griechenland, Großbritannien, Schweden und Schweiz je 1, Persien 1. Die Immatrikulationen für das Sommersemester 1903 beginnen am 15. April, die Vorlesungen am 24. April. Nähere Auskunft erteilt und die Schrift: „Studium der Landwirtschaft an der Universität Leipzig" versendet kostenfrei Geh. Hofrat Professor Dr. Kirchner, Direktor des Landwirtschaftlichen Instituts der Universität Leipzig. — Die studentische Verbindung „Ascania" hier hat sich suspendiert. — Der juristisch-staatswissenschaftliche Verein an unserer Universität hat beschlossen, fortan den Namen „Ifaevonia" zu führen.

* **Leipzig**, 20. Februar. Da nach den Baustellen auf dem städtischen Gelände zwischen Turnerstraße, Straße O und Querstraße in L.-Gohlis lebhafte Nachfrage herrscht, so hat der Rat beschlossen, die Straße O und die Querstraße zum Teil, und zwar vorläufig im Unterbau, herstellen zu lassen. Die Kosten sind auf 14 700 M veranschlagt, und es ersucht der Rat die Stadtverordneten, möglichst alsbald ihre Zustimmung geben zu wollen, da durch die betreffenden Arbeiten wiederum Arbeitslosen Beschäftigung geboten werden soll.

* **Leipzig**, 20. Februar. Unter dem Vorsitz des Herrn Enke hielt gestern der Verband der Bauarbeitgeber im „Künstlerhause" eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in der nach vollzogener Aufnahme neuer Mitglieder ein Austausch der Meinungen über verschiedene fachgewerbliche Fragen folgte. Der Verband hat sich die Aufgabe gestellt, für gewöhnliche Bauarbeiten einen Mindestpreis festzusetzen und seine Mitglieder zur Einhaltung dieses Mindestpreises zu verpflichten. Damit soll den Preisunterbietungen bei Konkurrenzen ein wirksamer Damm entgegengesetzt werden. Dieses Vorgehen hat unter den Baugewerken großen Anklang gefunden, dem Verbande sind zahlreiche neue Mitglieder beigetreten, so daß er jetzt deren 185 zählt und fast sämtliche Baugewerken unserer Stadt umfaßt. Auch die Behörden stehen, wie gestern besonders betont wurde, dem Verbande sympathisch gegenüber. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Fragen fand die Sitzung ihren Abschluß.

‡ **Leipzig**, 20. Februar. (Arbeiterbewegung.) Gestern tagte in der Gastwirtschaft „Stadt Hannover", Seeburgstraße, eine Versammlung der Lichtdrucker, Präparateure, Photographen und Retoucheure, in der die Abrechnung und der Geschäftsbericht vom vierten Quartal bekannt gegeben, die Neuwahl des Vertrauensmannes und des Agitationscomités vorgenommen und ein Antrag, die Porträt-Photographen in den Verband mit aufzunehmen, beraten wurde. Die Versammelten stimmten im Prinzip diesem Antrag zu, doch soll das weitere dem Vorstand überlassen werden. Hierauf wurde zu der angeregten Tarifvereinbarung Stellung genommen und der Inhalt des Tarifs, der dieser Vereinbarung zu Grunde gelegt werden soll, in seinem wesentlichsten Teile bekannt gegeben. Darnach wird gefordert werden neben einem bestimmten Minimallohne die neunstündige, später nach und nach auf acht Stunden zu verkürzende Arbeitszeit, Ausführung von Ueberstundenarbeit in nur dringenden Fällen und dann Entschädigung derselben mit einem Zuschlag von 33 bis 50 Prozent, Beseitigung der Haus-, Accord- und Prämienarbeit, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, vierzehntägige Kündigung, Regelung der Lehrlingszahl in der Weise, daß auf je fünf Gehülfen ein Lehrling kommt, Beschäftigung nur solcher Gehülfen, die eine vierjährige Lehrzeit hinter sich haben und Verwendung von Hülfsarbeitern nur zur Hülfsarbeit. Ehe über diese Forderungen bestimmter Beschluß gefaßt wird, sollen sie in Offizinversammlungen zur Beratung gestellt werden.

) **Leipzig**, 20. Februar. In einer Arrestzelle in Gerichshain hat sich heute morgen ein Zimmermann aus Gohlis durch Erhängen entleibt.

—* Wegen Verbrechens gegen § 174, 1 des R.-St.-G.-B. erfolgte die Festnahme eines 41 Jahre alten Arbeiters aus Berthelsdorf, der wegen Sittlichkeitsverbrechens bereits mit 3 Jahren Gefängnis bestraft ist. — Verhaftet wurde ein 25 Jahre alter Reisender aus Waldenburg, der von einer Firma in Grimma engagiert wurde und einen größeren Vorschuß erhielt, den er unterschlug. — Zur Verantwortung gezogen wurden ein 18 Jahre alter Laufbursche aus Geithain und eine 20jährige Verkäuferin aus Naumburg. Ersterer entwendete in einem Geschäft in der Nordvorstadt wiederholt Geldbeträge und letztere in einem Geschäft in der inneren Stadt Waren im Werte von etwa 100 M. — In einem Geschäft in der Nürnberger Straße ließ sich eine unbekannte Frauensperson von der Verkäuferin, nachdem sie einen kleinen Einkauf bewirkt hatte, Geldstücke mit Kränzen aus der Kasse heraussuchen. An dem Suchen beteiligte sich die Unbekannte, und als dieselbe sich dann entfernt hatte, bemerkte die Verkäuferin, daß ein größerer Betrag aus der Kasse fehlte. Die Unbekannte ist etwa 30 Jahre alt, von mittlerer schlanker Gestalt, hat schwarzes Haar, dunklen Teint und macht den Eindruck einer Südländerin. Bekleidet war sie u. a. mit dunklem, mit schwarz und weißem Band besetztem Kleid, langem grauschwarzen Mantel und lila, mit weißen Streifen durchzogenem Kopfshawl. — Aus einer Wohnung in der Windmühlenstraße wurde gestohlen 1 goldenes Kettenarmband mit goldenem Kleeblatt als Anhängsel, 1 silbernes chinesisches Armband in Form eines Hufeisens, 1 goldener Damenring mit 7 oder 8 weißen Perlen, 1 goldener schmaler Damenring. Des Diebstahls verdächtig ist ein unbekannter Mann, 25—26 Jahre alt, von mittlerer schmächtiger Gestalt, der sich vorübergehend in der Wohnung aufgehalten hat. — Mittels Einbruchs wurden aus Geschäftslokalen in der Breiten Straße zu Anger-Crottendorf und in der Grimmaischen Straße Geldbeträge von 20 und 50 M gestohlen.

Leipzig, 20. Februar. Ein Stubenbrand fand gestern vormittag in einer Wohnung der Südstraße statt. Er wurde bald gelöscht. Entstanden war er durch Explosion eines Spiritusapparats.

* **Zschowitz**, 20. Februar. Bei der Ergänzungswahl zum hiesigen Gemeinderate wurden gewählt in der ersten Klasse die Gutsbesitzer Louis Seyferth und Ernst Krug als Ausschußpersonen, in der zweiten Klasse Hausbesitzer Ernst Siebert als Ersatzmann und in der dritten Klasse Handarbeiter Richard Munkelt als Ausschußperson. Als Standesbeamter wurde an Stelle des verzogenen Herrn Knauer Gasthofsbesitzer Louis Oehrich gewählt.

—* **Wurzen**, 19. Februar. Nachdem wiederholt beobachtet worden ist, daß auf den Straßen und Plätzen der Stadt von Kindern und jugendlichen Personen Fußball gespielt wird, dadurch aber die auf den Straßen und Plätzen verkehrenden Personen belästigt werden, hat der Stadtrat das erwähnte Spiel auf den öffentlichen Verkehrsräumen bei Strafe untersagt.

* **Pegau**, 20. Februar. Für das im Juni hier geplante Heimatsfest ist vom Festausschuß folgendes vom Stadtrate genehmigte Programm aufgestellt worden. Am Sonnabend, den 13. Juni, sollen in den Nachmittagsstunden von 4 bis 7 Uhr die auswärtigen Gäste am Bahnhofe feierlich empfangen werden. Zu gleicher Zeit erfolgt im Sitzungszimmer des Rathauses die Verteilung von Quartier- und Festkarten. Abends 8 Uhr findet unter Leitung des Ehrenvorsitzenden, des Herrn Bürgermeisters Heydemann, in der Reithalle und, wenn bei übergroßem Andrang nötig, zugleich auch in der Festhalle des Schützenplatzes der Begrüßungsabend statt, zu dem die Gesangvereine der Stadt ihre Mitwirkung zugesagt haben. Der Sonntag wird eingeleitet durch einen Weckruf. Um ¾8 Uhr findet auf dem Friedhof eine Feier mit Ansprache und Gesang der Liedertafel statt; ihr folgt 9 Uhr der Festgottesdienst in der altehrwürdigen Laurentiuskirche. Für die Zeit von 11 bis ½1 Uhr ist auf dem Marktplatze ein Frühschoppenkonzert geplant. Während derselben Zeit sollen sich die Gäste, die am Sonntag schon wieder abreisen müssen, die Sehenswürdigkeiten der Stadt, das vor zwei Jahren erneuerte Rathaus, das 1899 gegründete Museum, die Lehrmittelausstellungen der Volks- und der landwirtschaftlichen Schule usw. ansehen. Am nachmittag geleitet ein Festzug die alten Pegauer nach dem eigentlichen Festorte, dem von Linden und Kastanien umschatteten Schützenplatze an der Elster, auf dem ein ununterbrochenes Festkonzert die Besucher bis zur Abendzeit festhalten soll. Für den Abend selbst ist im Rathaussaale die Vorführung lebender Bilder aus der an charakteristischen Momenten reichen Geschichte Pegaus vorgesehen. Der Montag vormittag soll mit Besichtigung der städtischen Sehenswürdigkeiten und einiger Fabriken ausgefüllt werden, während am nachmittag ein Rundgang durch die Anlagen der Stadt und durch den neugepflanzten Albertshain, sowie ein Konzert auf dem Schützenplatze das Fest beschließen soll. Die lebenden Bilder sollen im Laufe der dem Feste folgenden Woche für die Bewohner der Stadt Pegau und ihrer Umgebung wiederholt werden.

—* **Roßwein**, 19. Februar. Der Stadtrat hat den kürzlich von den Stadtverordneten gefaßten Beschluß, zu Unterstützungen um Schulgeldermäßigungen an bedürftige Roßweiner Besucher der Bauschule öffentlich aufzufordern, abgelehnt und will es Bedürftigen selbst überlassen, sich unaufgefordert darum zu melden. In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung trat das Stadtverordnetenkollegium sowohl diesem wie dem weiteren Ratsbeschluß, eine Tischlerschule mit Sommerkursus hier zu errichten, einstimmig bei.

— **Chemnitz**, 19. Februar. Heute, Donnerstag, mittag ½1 Uhr, begab sich eine aus den beiden stellvertretenden Vorsitzenden der hiesigen Handelskammer, Herren Fabrikant William Gulden und Direktor Stark, sowie dem Kammersyndikus, Herrn Landrichter a. D. Mumm, bestehende Deputation in die Wohnung des Handelskammervorsitzenden Herrn Kommerzienrat Philipp, um ihm anläßlich seines 25jährigen Mitgliedschaftsjubiläums die Glückwünsche der Mitglieder und Beamten der Kammer zu überbringen. Hierbei wurde dem Jubilar eine kostbare Uhr aus Meißner Porzellan als Ehrengabe überreicht. Im Namen der hiesigen Gewerbekammer beglückwünschte eine aus deren Vorstand bestehende Abordnung Herrn Kommerzienrat Philipp, und die im Bureau der Handelskammer Angestellten übermittelten ihre Glückwünsche in Form einer gedruckten Adresse. Herrn Geh. Kommerzienrat Riethammer, der, wie gemeldet, das gleiche Jubiläum feierte, wurde von den obengenannten drei Herren im Namen der Handelskammer abends ½6 Uhr gleichfalls eine wertvolle Uhr aus Meißner Porzellan unter Uebermittelung herzlichster Glückwünsche überreicht. Von 8 Uhr an fand sodann zu Ehren der beiden Jubilare im Hotel „Stadt Gotha" ein Festmahl statt.

* **Glauchau**, 19. Februar. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde ein Gesuch der hiesigen Schlosserinnung, in dem um Einstellung des Verkaufs von Gas- und Elektrizitäts-Beleuchtungsartikeln, Gaskochern, Badeöfen usw. seitens der Stadt gebeten wird, dem Rate zur Rückäußerung überwiesen. — Das Stadtmusikkorps, dessen Dirigent jährlich eine persönliche Unterstützung von 600 M erhielt, während den auf Teilung spielenden 24 Musikern der Kapelle ein städtischer Zuschuß von 1074 M gewährt wurde, war bei den städtischen Kollegien um Erhöhung der Unterstützung vorstellig geworden, weil der Verdienst der Musiker infolge der schlechten Zeitverhältnisse immer geringer geworden sei. Das Kollegium bewilligte einstimmig nach dem Vorschlage des Rates, daß der städtische Kapellmeister, Herr Ellhardt, vom 1. Januar ab einen persönlichen Zuschuß von 1000 M jährlich erhält, während für das Musikkorps 3000 M gewährt werden, das sind für jeden Musiker monatlich 12,50 Mark oder jährlich 150 M. Dafür sind vom Stadtmusikkorps zu leisten jährlich 15 Platzmusiken ohne Entgelt und fünf Volkskonzerte, bei denen nur 10 Pfg. Eintrittsgeld erhoben werden darf. — Ferner genehmigte das Kollegium den Entwurf einer neuen Feuerlöschordnung der Stadt. Neu gegen die bisherigen Verhältnisse ist neben anderer Organisation der Wehr, daß das Abstandsgeld für die Befreiung von der Dienstpflicht bei der Feuerwehr, das früher durchgängig 15 M betrug, künftig im Verhältnis zu dem Einkommen des sich Loskaufenden 10—50 M beträgt. — Die Volksschulkassenabrechnung für 1901/02 ergab 251 409,18 M Einnahme und 412 550,81 M Ausgabe, mithin einen Fehlbetrag von 161 141,48 M.

† **Plauen i. V.**, 19. Februar. Um die Rauch- und Rußbelästigungen zu vermindern, ist der Bau- und Gasanstaltsausschuß vom Stadtrate um Erwägungen in der Richtung ersucht worden, ob es sich empfehle, ab und zu einen Techniker für Feuerungsanlagen mit der Beaufsichtigung der hier vorhandenen städtischen Lokalheizungen und der Anweisung und Beaufsichtigung der Heizer zu betrauen, inwieweit es ferner angängig sein werde, Heizung mit Coaks vorzuschreiben, und endlich, um das Heizen mit Coaks zu fördern, ob und inwieweit es möglich zu machen sei, diesen billiger als bisher aus der städtischen Gasanstalt abzugeben. — Für den Wegebau werden nach dem Haushaltplan für die Bezirkskasse der Amtshauptmannschaft Plauen auf das Jahr 1903 12 470 M verausgabt, darunter 7500 M als 7. Rate für den Straßenbau Straßberg-Tobertitz. Als Berechnungsgeld für Beseitigung der Kadaver gefallener Tiere sind 700 M, als Prämien für den Fang von Kreuzottern 200 M und als Beihülfen zur Behandlung Wutkranker 50 M in den Haushaltplan der Bezirkskasse eingestellt. Der Unterstützungsfonds für Reservisten und Landwehrleute bei der Amtshauptmannschaft Plauen betrug Ende vorigen Jahres 64 724,65 M.

— **Lengefeld i. Erzg.**, 19. Februar. Schuldirektor Barchewitz hier wurde am 18. d. M. als Direktor der Knabenbürgerschule — einfache und mittlere Volksschule — zu Radeberg gewählt. Sein Antritt daselbst erfolgt mit Beginn des neuen Schuljahres. Das hiesige Direktorat kommt somit zur Erledigung. Der Wegzug des seitherigen Direktors wird in der Bürgerschaft allgemein bedauert.

l. **Schwarzenberg**, 19. Februar. Gestern vormittag fand der Waldwärter Pausch im Großpöhlauer Forstrevier eine zwar noch lebende, aber ganz erstarrte unbekannte Frauensperson, die bereits auf dem Transporte nach Pöhla verstarb. Dieselbe war etwa 48—52 Jahre alt und hatte sich mehrere Tage zuvor in der Gegend beteiend umhergetrieben.

— **Wildenfels**, 19. Februar. Gestern vormittag fand in Gegenwart einer Gerichtskommission und im Beisein eines Zwickauer Staatsanwalts die Sektion des Leichnams des unter verdächtigen Umständen verstorbenen 70 Jahre alten Webermeisters Adolf Härtel hier statt, dessen Ehefrau bekanntlich unter dem Verdachte des Gattenmordes gefänglich eingezogen worden ist. Die Sektion des Leichnams soll ergeben haben, daß Härtel keines natürlichen Todes gestorben ist, ob derselbe aber ermordet worden ist oder ob er Hand an sich gelegt hat, konnten wir, so schreibt man der „Zwick. Ztg.", nicht erfahren.

6. **Freiberg**, 19. Februar. Eine Zierde und neue Sehenswürdigkeit unserer Bergstadt ist das nunmehr im Bau vollendete König Albert-Museum, dessen Eröffnung am nächsten Geburtstage König Alberts in feierlicher Weise, voraussichtlich im Beisein König Georgs, erfolgen wird. Das jahrhundertealte Gebäude, das dem Dome seine Entstehung verdankt, später zu Schulzwecken diente und direkt am Dome steht, ist nach den Plänen des am Silvesterabend in Leipzig verstorbenen Architekten Arwed Roßbach, soweit es nötig war, umgebaut und mit neuen, in Putz und Stein hergestellten malerischen Schauseiten ausgestattet worden und wird in der Hauptsache das zur Zeit im Ratskellergrundstücke untergebrachte wertvolle Albertusmuseum und das naturhistorische Museum, sowie ein Bergmannsherstübchen mit Orgel aufnehmen. Das Museumsgebäude enthält zwei Stockwerke, die durch eine neue, künstlerisch gezierte Holztreppe und eine Turmtreppe mit einander verbunden werden, und bietet von außen mit seinem hohen Ziegeldach und den imposanten Giebeln, den großen roten Fresenornamenten, den bleiverglasten Spitzen Fenstern, den mit kunstvollen Schmiedearbeiten beschlagenen Türen und dem altehrwürdigen Treppenturme ein außerordentlich reizvolles Bild. Das Spitzbogengewölbe im Erdgeschoß ist erhalten worden, während die Räume in den Obergeschossen Decken in Holz erhalten haben. Die Wände schmücken mittelalterliche Malereien. Die Bauausführung wurde unter der Oberleitung Roßbachs von den hiesigen Baumeistern Mai und Hacker, sowie von heimischen Gewerken besorgt.

* **Zittau**, 19. Februar. Schon seit Jahrzehnten wird der Bahnübergang an der Lessingstraße in Zittau als ein starker Uebelstand in den Verkehrsverhältnissen empfunden. Seit Fertigstellung der Reichenau-Oybin-Jonsdorfer Sekundärbahn sind es nicht weniger als drei verschiedene Bahnlinien, welche dort die verkehrsreiche Straße überschreiten. Von der Generaldirektion der Königl. Sächsischen Staatseisenbahnen ist nunmehr ein Projekt wegen Erbauung eines Tunnels für den Personenverkehr am Ausgang der Lessingstraße dem Stadtrat zur Begutachtung übersandt worden; die städtischen Kollegien haben diesem Projekt zugestimmt. Gleichzeitig wird vom Stadtrat der Generaldirektion der dringende Wunsch unterbreitet werden, den Kleinbahnverkehr vor dem Bahnhofe unter Niederlegung des Burgrestaurants zu beseitigen.

P. **Großenhain**, 19. Februar. Der seltene Fall, daß ein städtisches Kollegium dem andern bez. einem Mitgliede desselben wegen einer pflichtgemäß geübten Kritik in städtischen Angelegenheiten mit Privatklage droht, ist hier eingetreten, wie in der letzten Stadtverordnetensitzung kund ward. Mehrere Stadträte hatten eine kritische Aeußerung eines Stadtverordneten in Sachen des Submissionsverfahrens der Stadt als persönliche Beleidigung aufgefaßt. Es ergab sich, daß die angebliche Beleidigung überhaupt nicht gefallen und daß die Sache auf Zutragerei zurückzuführen war. Durch die vom Stadtverordnetenvorsteher erfolgte Klarstellung wurde der Zwist im Keime erstickt.

— **Meißen**, 19. Februar. Ein Teil der zur Zeit am Rat mit Einladen von Ziegeln beschäftigten Arbeiter

SLUB
Wir führen Wissen.